



Bern, 12. Mai 2023

Jahresbericht 2022 der Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien

Das Jahr 2022 war von den Parlaments- und insbesondere den Präsidentschaftswahlen geprägt: Erstmals gewinnt die Linke die Präsidentschaft Kolumbiens. Was die einen vor Freude völlig aus dem Häuschen bringt, kommt für die anderen einem Weltuntergang gleich. Monatelang wurden in den Massenmedien die Ängste vor dem Castrochavismo geschürt. Bei den Parlamentswahlen gewann der *Pacto Histórico*, das Linkbündnis um Präsidentschaftskandidat Gustavo Petro, die meisten Sitze im Senat, 19 an der Zahl. Damit verzeichnete die Linke einen historischen Wahlsieg, blieb aber weit von der Mehrheit entfernt und wird nicht um Allianzen herumkommen. Die traditionellen Parteien, die Konservative und die Liberale Partei, erreichten 15 Sitze, die Koalition Alianza Verde und Centro Esperanza 13; die bisherige Regierungspartei Centro Democrático fiel von 19 auf 13 Sitze zurück.

Seitens der *ask!* beschloss die ausserordentliche Generalversammlung nach 35 Jahren die Fachstelle zu schliessen. Grund dafür waren personelle Wechsel auf der Fachstelle, Veränderungen im Umfeld der *ask!* (Fehlende Finanzierung für eine neue Phase des Friedensförderungsprogramms, graduelle Abschwächung der Solidaritätsbewegung mit Kolumbien) und ein Wunsch den Verein neu zu orientieren. Die *ask!* wird ab 2023 hauptsächlich auf ehrenamtlicher Basis aktiv sein.

Überraschende Präsidentschaftswahlen mit glücklichem Ausgang

MEET THE DEFENDERS
PBI SCHWEIZ

**Wahlen und Gewalt
gegen Aktivist*innen
in Kolumbien**

DIENSTAG, 31. MAI 2022
20:00-21:15
BREITSCH-TRÄFF, BREITENRAINPLATZ 27, 2014 BERN
SPANISCH (FLÜSTERÜBERSETZUNG AUF DEUTSCH)
ANMELDUNG: INFO@PEACEBIBIDES.CH

GLORIA ORCÚE
MENSCHENRECHTSVERTUEIDIGERIN,
DELEGIERTE DER COMISIÓN
INTERCEJESIAL DE JUSTICIA Y PAZ
(CJVP)

CARLOS MORALES
PRÁSDENTE DE LA CORPORACIÓN ACCIÓN
HUMANITARIA POR LA CONVIVENCIA Y
LA PAZ EN EL NOROCCIDENTE
(CANICOPAZA)

ask!

Die Präsidentschaftswahlen waren für eine Überraschung gut. Laut den Umfragen hatten lange Zeit Federico Gutierrez, ehemaliger Bürgermeister von Medellín und Kandidat der Koalition *Equipo por Colombia*, Sergio Fajardo von der Koalition *Centro Esperanza*, der bereits 2018 gegen Petro und Duque angetreten war und Gustavo Petro, Kandidat der linken Koalition *Pacto Histórico*, ehemaliger Bürgermeister von Bogotá und auch zum zweiten Mal am Kandidieren, reelle

Wahlchancen. Bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen kamen Gustavo Petro und Rodolfo Hernandez in die zweite Runde. Überraschend war das Resultat von Rodolfo Hernandez, ehemaliger Bürgermeister von Bucaramanga, der nach den Wahlen im März nicht mal in die Umfragen aufgenommen wurde und erst in den letzten Tagen vor den Wahlen überhaupt in den Prognosen auftauchte. Die allermeisten Voraussagen hielten 'Fico' Gutierrez oder dann Sergio Fajardo für Kandidaten, die es neben Petro in die zweite Runde schaffen könnten. Nach einer enormen Angstkampagne und dem Verdacht auf Wahlbetrug haben Gustavo Petro und Francia Márquez als Vizepräsidentin die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen doch erstaunlich deutlich gewonnen. Zuvor war die Stimmung „Alle gegen Petro“, der Kolumbiens Wirtschaft und Demokratie zerstören will. Plötzlich war der für viele unwählbare Tik Tok Opa Rodolfo Hernández eine Option, um den noch schlimmeren Petro zu verhindern. Doch noch-Präsident Duque und der unterlegene Kandidat Hernández haben erstaunlich schnell den Wahlsieg von Petro/Márquez anerkannt und es blieb relativ ruhig, es kam nicht zu den befürchteten Unruhen oder zum Einschreiten der staatlichen Sicherheitskräfte.

Ambitionierte Reformagenda

Die neue Regierung von Gustavo Petro und Francia Márquez legten ein erstaunliches Tempo vor, um die wesentlichen Reformen des *Pacto Histórico* in Angriff zu nehmen: eine Steuer- und eine Agrarreform, eine Reform des politischen Systems sowie die Schaffung eines Ministeriums für Gleichheit, das von Francia Márquez geführt werden soll. Die Regierung Petro will fast zu viel erreichen, strebt viele Reformen und Gesetzesprojekte gleichzeitig an, bleibt aber in verschiedenen Punkte deutlich hinter der Erwartung zurück. Petro und seine Regierungsequipe zeigen in vielen Politikbereichen grosses Gespür für das politisch Mögliche und gehen ungewöhnliche Allianzen ein, z.B. mit dem Viehzüchterverband für die Agrarreform. Vielen RegierungsfunktionärInnen ist aber der Wechsel vom Aktivismus oder der Arbeit in einer NGO zu einem Regierungsamt noch nicht gelungen. Sie betreiben beispielsweise reine Klientelpolitik und wollen einseitig die Interessen ihrer sozialen Basis vertreten, was sich gerade in der Ressourcen- und Bergbaupolitik zeigt. Dies führt auch zu unnötigen Spannungen und Konflikten, wenn z.B. über Monate unklar bleibt, ob eine Kohlenmine weiterbetrieben werden kann oder geschlossen werden muss. Auch gibt es eine Bresche zwischen wünschbaren Veränderungen oder ideologischen Standpunkten und der Realität bei der Drogenpolitik oder dem Umwelt- und Klimaschutzthema. Ein schönes Beispiel dafür ist einerseits die flammende Rede von Gustavo Petro vor der UNO-Vollversammlung, wo er ein Ende des Drogenkriegs und eine Überwindung des fossilen Kapitalismus beschwor, andererseits warnt die USA davor, die Bekämpfung der Kokapflanzungen zu vernachlässigen und ist Kolumbien weiterhin auf Öl- und Gasförderung angewiesen. Dann gibt es auch schwierige Themen wie das Verhältnis der Regierung zur Armee und die mangelnde Einsicht, dass es trotz der Suche nach der *paz total* auch eine robuste Sicherheitspolitik bracht. Der gute Wille der Regierung alleine genügt nicht, eine gewisse anfängliche Naivität ist nicht zu übersehen.

Die ambitionierten Hauptziele des Gleichstellungsministeriums drehen sich um Lohngleichheit für Männer und Frauen, Rentenfähigkeit und Entlohnung häuslicher Arbeit sowie die vermehrte Förderung der Frauen als Eigentümerinnen und Kreditnehmerinnen im Rahmen der Agrarreform, um das Unternehmertum zu fördern. Weiter sieht der Gesetzesentwurf ein nationales Pflegesystem vor, welches Betreuungsarbeit (unter anderem finanziell) anerkennen und umverteilen soll. Dabei geht es darum, die ungerechte geschlechtliche Arbeitsteilung zu überwinden.

Besonders die Steuerreform wird als wichtig für den Aufbau des von Petro geplanten Sozialstaats gesehen. Das Projekt der *Steuerreform für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit* sorgt für Nervosität, Kritik und gar Proteste. Die Regierung Petro will damit mehr Steuern einnehmen, um die ambitionierte Reformagenda umsetzen zu können. Zudem hat Petro einen finanziell schlecht dastehenden Staat geerbt. Die Armut beträgt 39% der Bevölkerung, das Fiskaldefizit 5,6% des BIP. Die Steuerreform erhöht die Progression und zielt auf das reichste Prozent der Bevölkerung ab, um die extreme Armut und die Ungleichheit zu senken. Längerfristig soll der Steuerertrag auf 3,4% des Bruttoinlandproduktes steigen. Natürliche Personen mit mehr als 10 Millionen Pesos Monatseinkommen (2% der Bevölkerung) werden mehr Steuern bezahlen müssen und es werden Steuererleichterungen reduziert. Für Vermögen über einer Milliarde Pesos wird eine Steuer von 0,5%, über 5 Milliarden von 1% vorgeschlagen. Die Mehrwertsteuer für den Warenkorb des Grundbedarfs soll wegfallen. Durch eine Reform der Zoll- und Steuerbehörde DIAN soll die Steuerhinterziehung massiv reduziert werden. Ebenso schlägt die Regierung Petro eine „Gesundheitssteuer“ auf stark zuckerhaltige Getränke vor. Es ist nicht vorgesehen, die Steuern für Unternehmen zu erhöhen, aber Steuererleichterungen und Schlupflöcher zu reduzieren. Der Industrieverband ANDI ist darüber sehr besorgt und befürchtet weniger Investitionen, während progressive Ökonomen die Steuerreform von Petro als zaghaft einschätzen. Der Versuch von Ex-Präsident Duque, eine Steuerreform durchzuziehen, führte im Frühjahr 2021 zu den massiven Volksprotesten. Ob die Reform von Petro ein ähnliches Schicksal erfährt, ist noch nicht klar. Am 26. September 2022 riefen rechte Sektoren jedoch zu Strassenprotesten gegen verschiedene Reformen auf, u.a. gegen die Steuerreform.

Aussenpolitisch hat die Regierung Petro Botschafter mit Venezuela ausgetauscht und die Grenzen geöffnet. Ende September 2022 wurde nach sieben Jahren die Grenzbrücke zwischen Cúcuta und San Antonio del Táchira für den Frachtverkehr geöffnet. Sie war seit 2015 gesperrt, wurde aber Anfang 2022 bereits wieder für Fussgänger geöffnet. Im selben Zug wurden weitere Grenzübergänge für Fussgänger geöffnet, später wurde auch der Flug- und PKW-Verkehr reaktiviert.

Ebenso plant die Regierung Petro eine Entmilitarisierung der Polizei. In ihrem Abschlussbericht empfiehlt die Wahrheitskommission, die Polizei aus dem Verteidigungsministerium herauszulösen und sie stattdessen einem neu gegründeten Friedensministerium zu unterstellen. Genau dies hat Präsident Petro angekündigt. Das neue Ministerium wird für Frieden, Sicherheit und Zusammenleben zuständig sein und soll einer der fünf Gesetzesentwürfe sein, die die neue Regierung einbringen wird. Die Idee ist dabei, unter anderem das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zurückzugewinnen, welches durch die starke Militarisierung und der Teilnahme der Polizei am Konflikt in den letzten Jahrzehnten stark gelitten hat.

Umfassender Frieden als Ziel

Die Regierung Petro versprach nicht nur, das Friedensabkommen von 2016 mit den FARC umzusetzen, sondern will mit allen Gewaltakteuren Friedensabkommen aushandeln. Die „paz total“, wie es Petro nennt, ist in diesem Konzept aber viel mehr als das Schweigen aller Waffen oder Sicherheit für alle Bewohner des Landes. Es beutet auch Sicherheit vor Hunger und Armut oder die Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise. Das war auch eine der Kernaussagen von Petros bewegender Rede an der UNO Vollversammlung: es gibt keinen totalen Frieden ohne soziale, wirtschaftliche und Umweltgerechtigkeit. Im Endeffekt strebt Petro als Vision einen totalen Frieden an, der auch den Drogenkrieg beendet und die Klimakrise überwindet, um letztlich die Spezies Mensch zu retten. Deshalb auch sein Appell, die Abhängigkeit von Erdöl und Kohle zu reduzieren und den Amazonas zu retten. Der Aufbau eines Entwicklungsplanes in 50 partizipativen Dialogen in den (gewaltgeprägten) Regionen ist ein wesentlicher Baustein dieses Planes.

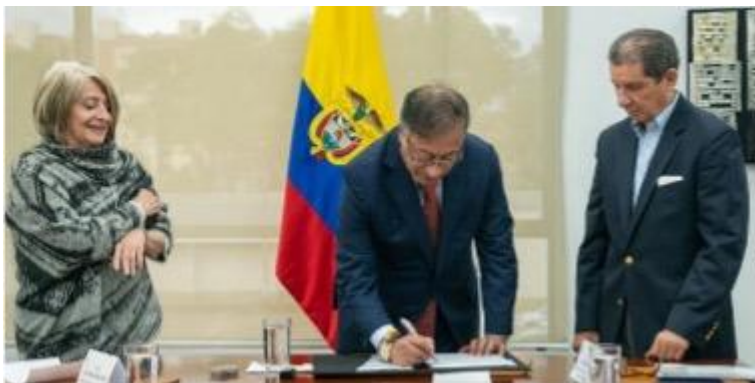


Auf dem Weg zu diesem umfassenden Frieden – paz total – kam es zu Sondierungsgesprächen mit dem ELN auf Kuba, zu ersten Kontaktaufnahmen mit FARC-Dissidenzen und kriminellen Banden. Am 4. Oktober hatten die kolumbianische Regierung und die Guerillagruppe ELN (Nationale Befreiungsarmee) in Caracas ein Abkommen zur Wiederaufnahme der Friedensgespräche unterzeichnet. Garantenstaaten sind dabei Venezuela, Kuba und Norwegen. In diesen Abkommen werden Brasilien, Chile und Mexico eingeladen weitere Garantenstaaten zu sein und Deutschland, Schweden, Spanien und die Schweiz Begleitstaaten. Ebenso anwesend waren eine Verifizierungsmission der UNO sowie die katholische Kirche. Es wurde abgemacht, den Dialog, der 2019 nach einem Anschlag der ELN auf eine Polizeischule in Bogotá unterbrochen wurde, im November 2022 wieder

aufzunehmen. Laut dem Hochkommissar für Frieden, Danilo Rueda, hat die ELN mit Freilassungen von Gefangenen und einer Deeskalation der Gewalt in ihren Einflussgebieten Verhandlungsbereitschaft gezeigt. Anfangs Oktober teilte der Hochkommissar für den Frieden, Danilo Rueda, mit, dass sich über zehn bewaffnete Organisationen dem 'totalen Frieden' von Gustavo Petro anschliessen wollen und deshalb einen Waffenstillstand erklärt haben. Dazu gehören unter anderem die 'Segunda Marquetalia', die unter dem Kommando von Ex-FARC-Kommandant Iván Márquez steht. Ebenso die paramilitärische Gruppe 'Clan del Golfo'. Laut Rueda werde die Möglichkeit eines bilateralen Waffenstillstandes geprüft. Es wird ein Gesetzentwurf diskutiert, der die nötigen Reformen des Justizsystems einleiten soll, um eine rechtliche Lösung für die kriminellen Organisationen zu finden. Dabei sollen den Mitgliedern der Gruppen Vorteile für eine wirksame Zusammenarbeit mit der Justiz geboten werden, wenn sie Informationen über Organisationen preisgeben, die ihre kriminellen Aktivitäten fortsetzen.

Ende des Drogenkrieges und Umsetzung der Agrarreform

Ohne eine Abkehr vom Drogenkrieg und ohne soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit könne es keinen vollständigen Frieden geben. Die Regierung von Gustavo Petro will die Drogenpolitik grundsätzlich ändern, weg vom Drogenkrieg hin zu mehr Prävention und einer Aufhebung des Prohibitionsschemas. Der Moment sei günstig, um die internationale Debatte darüber zu verstärken. Bei der Politikformulierung werden die direktbetroffenen Gemeinschaften einbezogen und die Empfehlungen der Wahrheitskommission zur Drogenpolitik respektive zum Drogenkrieg innerhalb des kolumbianischen Konfliktes geben weiteren Rückhalt für einen fundamentalen Politikwechsel. Allerdings dürfte es weiterhin schwierig sein, Kokain und die ganze Produktionskette zu legalisieren, Kolumbien kann das für sich alleine politisch nicht durchführen. Andererseits ist es schwierig, die Gewalt und Entstehung neuer krimineller Gruppen zu verhindern, solange derartige Gewinne aus dem illegalen Drogenhandel winken. Kolumbien kann den internen Spielraum maximal nutzen, um gewisse Aktivitäten straffrei zu erklären, bei der Drogenbekämpfung den Menschenrechten grösste Priorität einräumen und wirtschaftliche Alternativen zu fördern, es braucht aber auch eine glaubwürdige Sicherheitspolitik.



Die Umsetzung der Agrarreform zeigt klar die Widersprüche und unterschiedlichen Erwartungen in der Regierung wie auch bei Gegnern und Unterstützern der Regierung Petro auf. Unter Duque machte die Umsetzung der Agrarreform kaum Fortschritte, umso grösser war die Hoffnung, die in Petro und den Pacto Histórico gesetzt wurde. Die Ungeduld macht sich

z.B. in Landbesetzungen Luft, die die Regierung aus staatspolitischer Raison ablehnen muss. Grossgrundbesitzer drohten mit bewaffnetem Widerstand gegen Besetzungen und gegen die Agrarreform, und schon am 26. August kam es zur ersten Protestmobilisierung der Rechten. Petro will die Anerkennung der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen als soziale Gruppe und als Rechtssubjekte durchsetzen. Kernstücke für die Umsetzung der Agrarreform sind das Mehrzweck-Kataster und die Formalisierung des Grundbesitzes. Mit dem Mehrzweck-Kataster soll das Land höher besteuert werden und so mehr produzieren. Unproduktives Land will die Regierung Petro mit dem Gewinn aus der Bodensteuer aufkaufen und an Landlose verteilen. Ebenso soll der informelle Landbesitz durch Titel legalisiert werden. Mechanisierte Grossbetriebe und Kleinbauern sollen nebeneinander bestehen und sich ergänzen. Ebenso stehen die Ernährungssouveränität und die Bekämpfung des Klimawandels auf dem Programm. Obwohl es keine sehr radikale Reform mit Enteignungen ist, drohen die Grossgrundbesitzer mit massivem, auch bewaffnetem, Widerstand. Um diesen Widerstand zu überwinden, sprach Petro mit Alvaro Uribe und strebte mit der Vermittlung von Ivan Cepeda ein Abkommen mit dem Viehzüchterverband FEDEGAN an. Dieses Abkommen sieht vor, dass

FEDEGAN den Verkauf von drei Millionen Hektaren Land an den Staat vermittelt. Dieses Land soll in den Landfonds fließen, der mit dem Friedensabkommen 2016 geschaffen wurde. Weiter soll auch Land durch Widerruf des Besitzrechts, Land das wegen Umweltnormen an den Staat zurückfällt, zurückgewonnene Brachflächen und Schenkungen dazukommen.

Wahrheitskommission präsentiert ihre Ergebnisse

Nach fast vier Jahren intensiver Arbeit in Kolumbien und in 23 Ländern wurde am 28. Juni 2022 der Abschlussbericht der Wahrheitskommission in Bogotá veröffentlicht. Der Bericht dieser Kommission, die vom Friedensabkommen mit der FARC-EP von 2016 geschaffen wurde, ist ein wichtiger Schritt zur Aufdeckung der Geschehnisse, die den über 60-jährigen bewaffneten Konflikt geprägt haben. Wie Francisco de Roux, Präsident der Kommission an der Veranstaltung zur Veröffentlichung sagte, sei ihr Schlussbericht der Beginn eines Gesprächs ohne Angst über Kolumbien. Nur mit der Wahrheit über das Geschehene können Wunden heilen und an eine friedliche Zukunft gedacht werden. Der Abschlussbericht enthält nicht nur die Ergebnisse der Befragung von 27'000 Menschen, darunter viele Opfer des Konflikts aber auch Täter der verschiedenen bewaffneten Akteure, sondern zeigt auch das



ganze Ausmaß und Konsequenzen dieses Konfliktes. Laut dem Bericht wurden zwischen 1985 und 2016 450'664 Tötungsdelikte gemeldet. Zudem waren 80% der Opfer unbewaffnete Zivilpersonen. Der Abschlussbericht enthält auch Zahlen zu Entführungen, Vertreibungen und gewaltsamem Verschwindenlassen, wobei 2002 das Jahr mit der höchsten Zahl dieser Verbrechen war. Gustavo Petro hat zugesagt, die Empfehlungen der Wahrheitskommission in seiner Regierungsperiode ernst zu nehmen und zu befolgen. Scharfe Kritik am

Bericht aus rechten Kreisen und aus der Armee und Polizei, die den Bericht als einseitig betrachten, hat nicht auf sich warten lassen und hat wiederum gezeigt, dass der Weg zu einer wirklichen Versöhnung noch lang ist.

Gewalt hält unvermindert an

Auch die politische Gewalt und die Gewalt von kriminellen Banden hielten Kolumbien weiterhin im Banne. Drohungen bis hin zu Morden betrafen weiterhin Landrechtsaktivisten, Kritiker von Ressourcenabbau und Personen, die sich gegen den Drogenanbau und -Handel stellen. In San Martín im Departement Cesar wurden in der Nacht vom 22. Februar 2022 die beiden historischen Führungsfiguren Teófilo Acuña und Jorge Tafur ermordet. In Puerto Wilches und El Carmen de Chucurí wurden Führungspersonen des Widerstandes gegen die Pilotprojekte für Fracking mit dem Tod bedroht. Schwer von der Gewalt betroffen war 2022 auch Arauca und die Pazifikregion. Dabei überlagern sich Kämpfe rivalisierender Gruppen um territoriale Vorherrschaft oder um den *microtráfico* mit sozialer Säuberung und politischer Gewalt. Auch im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nahm die Gewalt zu, insbesondere in Gebieten, die in der Vergangenheit stark vom Krieg betroffen waren. Auch mit dem Antritt der Regierung Petro nahm die Gewalt nicht ab, im Gegenteil: in den ersten 2 Monaten gab es unter der Regierung Petro mindestens neun Massaker und acht Morde an sozialen Führungspersonen.

Anfang Mai führte der Golfclan (AGC), die grösste paramilitärische Gruppe Kolumbiens, einen bewaffneten Streik durch, angeblich aufgrund der Auslieferung ihres Anführers 'Otoniel' in die USA. In verschiedenen Departementen wurden Hunderte Busse und Autos verbrannt und allgemein der Transitverkehr behindert und es gab ausserdem 24 Todesfälle. Die Regierung reagierte mit verstärkten Sicherheitsmassnahmen, sprich mehr Militär und Polizei auf den Strassen, die allerdings keine Verbesserung der Situation brachte. Bestimmte Quellen wiesen sogar darauf hin, dass Sicherheitskräfte sich teilweise sogar zurückhielten. Experten schätzten

den Streik nicht bloss als Politikum gegen die Auslieferung ihres Chefs, sondern auch als strategisch im Blick auf die Wahlen und in Hinsicht auf den Drogenhandel ein.

Klimaschutz und Rohstoffabbau

Ein wichtiges Thema für die Regierung von Gustavo Petro ist der Klimawandel respektive der Kampf gegen die Klimaerwärmung. Der Schutz der Wälder und der Umwelt, und insbesondere der Erhalt des Amazonasregenwaldes ist deshalb eine Priorität. In verschiedenen Reden hat Petro die Anhängigkeit von fossiler Energie und damit gleich auch den Kapitalismus scharf kritisiert. Petro möchte die Abhängigkeit von fossiler Energie möglichst überwinden und die Energietransition fördern. Damit weckte er grosse Hoffnung in der Umweltbewegung und beispielsweise bei den Gegnern von Fracking. Einmal in der Regierung ist die Sache dann allerdings komplizierter. Bei der Wirtschaft kann nicht nur der Schalter umgeknipst werden, der Übergang in ein post-fossiles Zeitalter braucht Zeit. Zudem stammt ein beträchtlicher Teil der Deviseneinnahmen aus dem Export fossiler Energieträger. Rund um die Bergbauministerin Irene Velez und die Frage nach den vorhandenen Erdöl- und Erdgasreserven und der weiteren Prospektion ist ein erbitterter Streit entstanden.

Seit dem Pandemie-bedingten Betriebsunterbruch vieler Minen und den verstärkten Anstrengungen, die Klimaerwärmung einzudämmen, haben sich im kolumbianischen Rohstoff- und Bergbausektor tiefgreifende Veränderungen angebahnt. Als erstes Unternehmen hat das Glencore-Tochterunternehmen Prodeco beschlossen, den Kohleabbau aufzugeben und die Konzessionen an den Staat zurückzugeben. Eine Konzessionsrückgabe oder eine Minenschliessung ist in Kolumbien ungenügend geregelt und es gibt noch keine Erfahrungen damit. Die Regierung Duque versuchte noch, die Rückgabe der Titel und die Neuvergabe an ein anderes Unternehmen möglichst rasch durchzuziehen, wurde von der Justiz aber ausgebremst. Der Ausstieg Prodecos hat zu einer sozioökonomischen Krise geführt und die betroffene Bevölkerung – die Arbeiter mit eingeschlossen – wurden über die Pläne nicht informiert geschweige denn einbezogen.



Die neue Regierung von Gustavo Petro bietet nun Chancen auf einen Politikwechsel, das Bergbau- und das Umweltministerium sowie Schlüsselbehörden wie die nationale Bergbaubehörde (Agencia Nacional de Minería ANM) und die Umweltlizenzbehörde (Autoridad Nacional de Licencias Ambientales ANLA) sind mit Experten besetzt, die der bisherigen Bergbaupolitik kritisch gegenüberstehen und die beispielsweise die mangelnden Kontrollen der Minen und der Umwelt bemängelten. Präsident Gustavo Petro ist die Teilnahme der Bevölkerung an den wegweisenden

Entscheidungen wichtig. So gab es beispielsweise im ganzen Land öffentliche Anhörungen zur Bergbaupolitik und zu einem neuen Bergbaugesetz. Die Regierung Petro will fossile Energien nicht weiter ausbauen und setzt im Bergbau auf Rohstoffe der Energiewende. Diese Bergbauprojekte für die Energiewende können aber ebenfalls auf Widerstand bei der lokalen Bevölkerung stossen sowie erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Dasselbe gilt für riesige Wind- und Solarparks. Die ask! wird Glencores Rolle in der Energiewende Kolumbiens kritisch beobachten, ebenso die von allfälligen anderen Schweizer Unternehmen.

Positiv ist zu verzeichnen, dass die Regierung Petro die Rückgabe der Bergbautitel durch Prodeco und die Neuvergabe an ein anderes Unternehmen nicht überstürzt. Nach anfänglichen widersprüchlichen Statements setzt sich die ANLA nun konkret für Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung im Übergang von der Kohlenindustrie zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum ein und will rasch Alternativen diskutieren. Den von der NGO Tierra Digna auf Wunsch der Gemeinschaften und Gewerkschaften gerichtlich eingeforderten Dialog

über den Schliessungsplan von Prodeco und eine gerechte Transition unterstützt die Regierung nun klar. Ganz Ende Jahr hat die Regierung Petro auch beschlossen, keine neuen Konzessionen für Kohlenminen zu vergeben, sondern das Departement Cesar als Pilotprojekt der Energiewende zu positionieren.

In der Guajira hat die Regierung mitgeholfen, Verhandlungen zwischen protestierenden Gemeinschaften und Carbones del Cerrejón in Gang zu bringen. Interessant wird auch sein, wie sich die Regierung Petro zu den bilateralen Investitionsschutzabkommen und bestehenden und allfälligen zukünftigen Schiedsverfahren/Investorenklagen stellt, und wie es das Urteil des Staatsrates (Consejo de Estado) umsetzt, das der Ausdehnung des Bergbaus enge Grenzen setzt und die Rechtmässigkeit vieler Konzessionen in Zweifel zieht.

Arbeit zu Glencore



In Bezug auf Prodeco waren zwei Themen bestimmend: Die Menschenrechtspolitik mit den menschenrechtlichen Folgeabschätzungen sowie die Rückgabe der Minentitel und die Frage nach dem Schliessungsplan. Prodeco hatte Ende Dezember 2021 endlich seinen Menschenrechtsbericht zur Sorgfaltspflicht und zur menschenrechtlichen Folgeabschätzung (HRIA) veröffentlicht. Gemeinsam mit PAX hat die ask! diesen Bericht analysiert und Glencore Prodeco zwei

ausführliche Stellungnahmen zukommen lassen. Diese Stellungnahmen sandten wir auch an das EDA, die Botschaft, das SECO und an weitere Interessierte wie Banken und Ratingagenturen. Ebenso machten wir diese Stellungnahme über Newsletter und Webseite öffentlichen. In einer ersten Stellungnahme gingen Glencore und Prodeco kaum auf unsere Kritikpunkte ein. Es folgte ein Schriftenwechsel ohne Antworten von Glencore zu erhalten, an dessen Ende Glencore ein virtuelles Treffen vorschlug. Dieses Treffen fand am 18. Juli 2022 statt, und auch da waren die Antworten unbefriedigend. Mit dem EDA und dem SECO gab es ebenfalls Mailkorrespondenz und informeller Austausch. Es wurde uns mitgeteilt, dass Treffen mit Glencore und Prodeco stattgefunden hätten und das Unternehmen darauf hingewiesen worden sei, dass es mehr Anstrengungen unternehmen und die Klagen aus der Bevölkerung ernst nehmen müsse. Die Schweizer Behörden sehen aber keine Handhabe, Glencore-Prodeco gestützt auf die UNO Leitsätze für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) stärker in die Pflicht zu nehmen.

Bezüglich der Rückgabe der Bergbautitel von Prodeco an den kolumbianischen Staat forderte die ask! von Glencore und den kolumbianischen Behörden Informationen an, verlangten Transparenz gegenüber der lokalen Bevölkerung und deren Einbezug in die Pläne zur Schliessung der Mine. Das EDA, die Botschaft und das SECO wurden über die Brief-/Mailkorrespondenz und über offene Briefe der Gemeinschaften informiert. Im April wurden offene Briefe der Gemeinschaften und Gewerkschaften an Glencore-Prodeco und an kolumbianische Behörden geschickt. Die ask! koordinierte die internationale Unterschriftensammlung. Unsere Partnerorganisation Tierra Digna gelangte mit Auskunftsbegehren an verschiedene (Kontroll-)Behörden und lobbyierte zu Gunsten der Rechte der Gemeinschaften und Transparenz und Einbezug/Konsultation. Wenige Tage nach dem Amtsantritt der neuen Regierung von Gustavo Petro unterstützte die ask! einen Brief der Gemeinschaften, in dem sie auf das Risiko einer überstürzten Annahme des Schliessungsplans von Prodeco hinwiesen und die neue Regierung darum baten, den

Schliessungsplan öffentlich zu machen, eine Diskussion darüber zu ermöglichen und genau zu prüfen, ob Prodeco die Auflagen erfüllt.

Im August 2022 reichte Tierra Digna in Vertretung von 12 Gemeinschaften und den beiden Gewerkschaften eine Grundrechtsklage (tutela) ein, mit der Transparenz über den Schliessungsplan von Prodeco und ein Mitspracherecht der Gemeinschaften bei der Umsetzung des Schliessungsplanes gefordert wurde. Die Gemeinschaften erhielten vor Gericht Recht, Prodeco zog das Urteil aber weiter. Die ask! begleitete diesen Prozess mit offenen Briefen, für die wir in Europa ebenfalls die Unterzeichnung koordinierten. Am 1. Oktober gelangten die ask! mit einem offenen Brief an Glencore und Prodeco und bat darum, sich mit gutem Glauben am Dialogprozess zu beteiligen, der vom Gericht in Valledupar aufgrund der Tutela von Tierra Digna angeordnet worden war. Der Brief wurde von 2 Dutzend NGO und gegen 40 Parlamentarier und Persönlichkeiten/Privatpersonen mitunterzeichnet. Mitte September ersuchten wir um ein Gespräch mit EDA/Botschaft/SECO zur Minenschliessung, dieses kam am 4. Oktober zustande. Die Behörden versprachen eine vertiefte Antwort auf unsere/TDs Anliegen innerhalb von 2 Wochen, aber die Antwort liess wesentlich länger auf sich warten, und am Schluss man es zu einem Treffen mit Oscar Gomez von Prodeco auf der Botschaft in Bogota am 10. November.



In der Guajira haben wir v.a. die umgesiedelten Gemeinschaften Tamaquito, Las Casitas, Chancleta und Patilla dabei unterstützt, ein Treffen mit Glencore haben zu können (anlässlich eines Besuches von Glencore-VertreterInnen vor Ort) und einen Verhandlungstisch eröffnen zu können über ausstehende Punkte und die mangelnde Nachhaltigkeit und Versorgung/Einkommensgenerierung in den Umsiedlungen. Nach diesem Treffen wurden mehrere Verhandlungsrunden geführt, aber keine konkreten Ergebnisse erzielt. Daher kam es im September zu einem Mehrtägigen

Streik der umgesiedelten und verschiedenen weiteren Gemeinschaften. Die ask! setzte sich während des Streiks dafür ein, dass Cerrejón-Glencore in Verhandlungen eintritt und es nicht zu gewaltsamer Repression kommt. Anlässlich des Streiks in der Guajira hat die ask! das EDA und das SECO gebeten, bei Glencore sich um eine Verhandlungslösung und Dialog zur Überwindung des Streiks einzusetzen. Das SECO kontaktierte daraufhin Glencore und das hat möglicherweise mitgeholfen, eine Verhandlungslösung zu erwirken. Der Streik konnte durch abkommen mit Cerrejón friedlich beigelegt werden und es entstanden mehrere Verhandlungstische mit verschiedenen Gruppen von Gemeinschaften. U.a. widmet sich ein Verhandlungstisch einer Reihe von „neuen“ Gemeinschaften, die wegen der Ausdehnung der Mine neu in den Einflussbereich von Cerrejón gekommen sind. Die ask! begleitet diese Verhandlungstische als Beobachter/Garant virtuell und anlässlich der Dienstreise auch durch direkte Teilnahme.

Ende November 2022 nahm die ask! an einem internationalen on-line Hearing teil, bei dem Inputs für ein neues Bergbaugesetz zusammengetragen wurden. Die ask! konnte dabei ihre langjährige Erfahrung zu informellem Goldabbau/Konfliktmineralien sowie zu Umsiedlungen, Community Engagement etc. einbringen. Im September – während der geplanten und dann verschobenen Dienstreise – nahm die ask! virtuell an mehreren Treffen mit kolumbianischen Behörden teil, ebenso auch anlässlich der Dienstreise im November direkt vor Ort.

Gemeinsam mit der Koalition für Konzernverantwortung organisierte die ask! eine Speaker Tour zu Glencore Cerrejón mit Rosa Maria Mateus vom CAJAR und Samuel Arregoces, Gemeinschaftsführer aus Tabaco. Es kam zu Treffen mit EDA und SECO, verschiedenen UNO-SonderberichterstatterInnen sowie ParlamentarierInnen. Es fanden zudem 6 öffentliche Veranstaltungen statt, mit je gut 100 BesucherInnen. Zudem traten Rosa Maria und Samuel

an der Aktionärsversammlung von Glencore und an der Delegiertenversammlung der KVI auf. Die Themen wie Wasserverbrauch und die Umleitung des Arroyo Bruno, die fragwürdigen Investitionsschutzabkommen und Glencores Klage beim Weltbankschiedsgericht, Glencores Beitrag zum Klimawandel und die mangelnde menschenrechtliche Sorgfaltspflicht konnten thematisiert werden. Der KVI ermöglichte der Besuch, ihre Mitglieder wieder zu mobilisieren.

Aus Anlass der GV von Glencore waren auch 5 Gewerkschaftsvertreter von Glencore aus Kolumbien und Peru in der Schweiz, um an der Aktionärsversammlung zu sprechen. Ebenso kam es zu einem Treffen mit EDA und SECO sowie mit Parlamentariern und Schweizer Gewerkschaftern. Zudem nahmen die Gewerkschafter an der 1. Mai-Demo sowie an drei öffentlichen Veranstaltungen in Biel, Winterthur und Zürich teil, sowie an einem Vernetzungstreffen zu Glencore das allen Interessierten offen stand. Die Gewerkschaftsdelegation koordinierte ask! mit IndustriAll, CNV Internationaal, Solifonds und Multiwatch.

Die ask! unterstützte weiter die Klage vom Global Legal Action Network (GLAN) gegen Glencore vor dem Nationalen Kontakt Punkt für die OECD Leitsätze für Multinationale Unternehmen in der Schweiz. An diesem Verfahren beteiligten sich auch NGOs aus Kolumbien und Gemeinschaftsvertreter*innen aus dem Department Guajira. Die ask! ist eine der Partnerorganisationen dieser Klage. Nach langem hin und her konnte keine Einigung mit dem Nationalen Kontakt Punkt gefunden werden wie eine effektive Teilnahme aller beteiligten NGOs und Gemeinschaftsvertreter*innen im Mediationsprozess garantiert werden könne. Aus diesem Grund zog sich GLAN aus dem Mediationsprozess zurück und der Nationale Kontakt Punkt schloss das Verfahren mit einem nichtssagenden Abschlussbericht.



Die ask! ist Teil der NGO Arbeitsgruppe Transnationale Konzerne und Menschenrechte, die sich für ein internationales verbindliches Abkommen für globale Konzernverantwortung einsetzt. In diesem Rahmen nahm die ask! unter anderem am 29.03.2022 an einem Informationsanlass für Parlamentarier* zu diesem Thema teil. Die ask! arbeitet im Cockpit des Vereins Konzernverantwortung mit. Die ask! unterstützt weiter die Klage vom Global Legal Action Network (GLAN) gegen Glencore vor dem Nationalen Kontakt Punkt für die OCDE Leitsätze für Multinationale

Unternehmen in der Schweiz. An diesem Verfahren beteiligen sich auch NGOs aus Kolumbien und Gemeinschaftsvertreter*innen aus dem Department Guajira. Die ask! ist eine der Partnerorganisationen dieser Klage und arbeitete an der Definition der Strategie mit.

Arbeit zu Frieden und Menschenrechte

Ein Highlight des letzten Jahres waren zwei Anlässe in Genf und Bern an denen der Abschlussbericht der Wahrheitskommission vorgestellt wurde und die von der ask! mitorganisiert wurden. Der Abschlussbericht wurde aufgrund von Aussagen von 28'562 Personen, 14'928 Interviews und 1'203 Berichten von NGOs, Unternehmen und Opferorganisationen erstellt. Zu den interviewten Personen gehörten auch solche aus der Diaspora, untern anderem aus der Schweiz. Im Juni 2022 wurde der Bericht in Kolumbien veröffentlicht und die Kommissare reisten in verschiedene Regionen Kolumbiens und in mehrere Länder um den Bericht vorzustellen. Mitte Juli waren drei der Kommissare der Wahrheitskommission in der Schweiz. An diesen Anlässen wurden nicht nur die Hauptschlussfolgerung des Berichts vorgestellt, sondern es kam auch die kolumbianische Diaspora in der Schweiz zur Sprache, die zum Bericht beigetragen hatte: Dank der Koordinationsarbeit von Swisspeace wurden auch in der Schweiz Zeugenaussagen gesammelt und im Bericht der Wahrheitskommission aufgenommen. Beide Anlässe waren emotional sehr starke Momente, wo den vergangen Verbrechen und dem Leid gedacht wurde,

aber auch viel Hoffnung zum Ausdruck kam, dass Frieden und Versöhnung in Kolumbien möglich sind. Der Bericht der Wahrheitskommission wurde von den Teilnehmenden als wichtiger Beitrag zur Versöhnung betrachtet.

Am 08.03.2022 konnte die *ask!* in Genf einen öffentlichen Anlasses zur Umsetzung des Friedensabkommens mit Rodrigo Londoño, Unterzeichner des Friedensabkommens und ehemaliger Chef der FARC-EP und Bertha Lucía Frías, Überlebende des FARC-Anschlages auf den El Nogal Club mitorganisieren. Ziel der Veranstaltung war die Präsentation der Fortschritte in der Umsetzung des Friedensabkommens und die Herausforderungen im Versöhnungsprozess vorzustellen. Vor diesem Anlass ermöglichte die *ask!* einen Austausch zwischen Rodrigo Londoño und interessierten schweizerischen Politikern zum Stand der Umsetzung des Friedensabkommens.

Die *ask!* nahm am 22. November 2022 als Moderatorin an einem runden Tisch teil, der von Comundo in Freiburg organisiert wurde. An diesem runden Tisch mit dem Titel «Jugend und politisches Engagement-mögliche Wege in der Schweiz und in Kolumbien» nahmen politisch engagierte Jugendliche aus beiden Ländern teil. Herausforderungen und Opportunitäten der verschiedenen Arten des politischen Engagements (politische Partei, gewählte Ämter, Zivilgesellschaftsorganisation, etc.) in beiden Ländern wurden verglichen.



Im Bereich **Koordination und Networking** mit anderen Nichtregierungs-Akteuren arbeitet die *ask!* weiterhin aktiv im ODHACO¹ Vorstand mit und hat weiterhin das Amt der Kassiererin inne. In dieser Funktion beteiligte sich die *ask!* an der Organisation und Durchführung der ODHACO Versammlungen vom 23.-24.03.2022 und 19.-20.10.2022 und am Rekrutierungsprozess der neuen ODHACO Administratorin. Auch trug die *ask!* an der Redaktion und Verteilung von ODHACO Medienmitteilungen und offenen Briefen (unter anderem an die Mitglieder der Kolumbien Plattform) und an der Koordination

zwischen ODHACO und dem Espacio de Cooperación para la Paz (ECP)² bei. Im ECP nahm die *ask!* regelmässig an den Aktivitäten teil, brachte sich inhaltlich ein und beteiligte sich an der Redaktion und Verteilung (u.a. an die Kolumbien Plattform) von ECP Medienmitteilungen.

02.04.2022 nahm die *ask!* am Workshop von Swisspeace zum Thema kolumbianische Migration in der Schweiz teil. Dieser Anlass war Teil der Unterstützungsarbeit von Swisspeace an den Nodo (Knotenpunkt) der kolumbianischen Wahrheitskommission in der Schweiz. Der Nodo interviewte für die Wahrheitskommission Opfer des kolumbianischen Konfliktes in der Schweiz. Am Workshop nahmen Nodo-Mitglieder, Kolumbianer*innen im Exil/aus der Diaspora und Akademiker*innen/Expert*innen in Sachen Kolumbien und Migration in die Schweiz teil. Ziel dieses Workshops war die Konstruktion eines Zeitstrahls des Exils aus Kolumbien in der Schweiz. Ziel war auch möglicher Handlungsbedarf und Aktionen für die Verbreitung des Berichtes und der Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission in der Schweiz zu identifizieren.

Als Koordinatorin der Kolumbien Plattform Schweiz³ organisierte die *ask!* am 31.03.2022 ein Treffen der Kolumbien Plattform mit dem neuen Schweizer Botschafter in Kolumbien, Eric Mayoraz. Dies war ein erster Austausch mit Botschafter Mayoraz, der Anfang Jahr seine Stelle in Bogotá antrat. Schwerpunktthemen dieser Sitzungen waren: Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen, Menschenrechtsverletzungen während der sozialen Proteste und Reform der Polizei und die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen Schweizer Botschaft

¹ Oficina Internacional de los Derechos Humanos Acción Colombia, Europäische Kolumbienkoordination

² Plattform der internationalen NGOs, die in Kolumbien zu Frieden und Menschenrechte arbeiten

³ Plattform von mehr als 15 Schweizer NGOs, die in und zu Kolumbien arbeiten

und Schweizerischer Zivilgesellschaft. Die *ask!* koordinierte weiter den Versand von drei Lobby-Briefen der Kolumbien Plattform:

- Zum Thema der Zunahme der Gewalt im Rahmen des Wahlkampfes wurde einen Brief an Bundesrat Ignazio Cassis (unter anderem mit dem Aufruf der Teilnahme der Schweiz an der Wahlbeobachtung) und einen Brief an Präsident Ivan Duque verfasst
- Einen Brief an Bundesrat Ignazio Cassis wurde zum Thema des Wahlergebnisses und der neuen Hoffnung in der Umsetzung des Friedensabkommen verfasst

Der Wahlkampf und die Gewalt, die ihn begleitete, die Wahl von Gustavo Petro und Francia Marquez und die möglichen Auswirkungen dieser Wahl auf die Umsetzungen der Menschenrechte und für den Frieden in Kolumbien sowie die andauernde Gewalt in verschiedenen Regionen waren die Hauptthemen der **Lobbyarbeit** der *ask!* im 2023. Diese Themen wurden in den Gesprächen mit Vertreter*innen des EDA, mit mehreren ParlamentarierInnen, aber auch in Briefen an Bundesrat Cassis angesprochen. Zudem wurden Medienmitteilungen und offene Briefe von ODHACO und dem ECP mit dem EDA geteilt. Gemeinsam mit ODHACO, PBI und der Kolumbianischen Juristenkommission organisierte die *ask!* am 02.02.2022 ein Vorbereitungstreffen der 49. Session des Menschenrechtsrates mit dem EDA (Schweizer Mission in Genf und Abteilung Frieden und Menschenrechte (AFM)). Während dieser Sitzung wurden die folgenden Themen unterstrichen: Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, Menschenrechtskonsequenzen der sozialen Proteste von 2021 und die andauernde Gewalt in ländlichen Regionen im Zusammenhang mit der fehlenden Umsetzung des Friedensabkommens von 2016.

Die *ask!* organisierte im 2022 **drei Speaker Touren** von kolumbianischen Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft in der Schweiz mit.

- Speaker Tour Stiftung für Menschenrechte Joel Sierra: Im März begab sich Sonia López, Vorsitzende von «Joel Sierra» aus Arauca auf einer Speaker Tour in Europa nach einer Zunahme der Gewalt im Departement Arauca Ende 2021-Anfang 2022. Anfang 2022 war unter anderem ein Bombenanschlag gegen den Sitz der Stiftung und anderer Zivilgesellschaftsorganisationen in Saravena, Arauca, verübt worden, bei dem eine Person ums Leben kam. Die *ask!* organisierte in Bern einen öffentlichen Anlass zur Situation in Arauca und zu den Angriffen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und sozialen Bewegungen in diesem Departement. Dieser Anlass wurde u.a. von Solifonds, Turpial, Asolatino und Red de Hermandad y Solidarid con Colombia unterstützt. Es wurde auch ein Treffen mit Schweizer Parlamentarier*innen, eine Sitzung mit dem EDA, und ein Austausch mit Organisationen der Kolumbien Plattform organisiert. Diese hatten zum Thema die Situation in Arauca und was in der Schweiz zur Unterstützung der Menschenrechtsorganisationen in Arauca gemacht werden kann.
- Speaker Tour im Oktober von zwei Vertreter*innen der Friedensgemeinde von San José de Apartadó: Die Friedensgemeinde von San José de Apartadó ist eine kleinbäuerliche Gemeinschaft in Kolumbien, die sich mit aktiver Gewaltfreiheit gegen den Krieg stellt, indem sie sich weigert, die bewaffneten Akteure im Konflikt zu unterstützen. Trotz mehrfacher Vertreibung und anhaltender Gefahren und Gewalt hat die Gemeinschaft beschlossen, in der Region zu bleiben, ihr Land weiterhin zu bebauen und zu entlegenen Weilern zurückzukehren. Für Bergbauunternehmen und bewaffnete Akteure in der nordkolumbianischen Region stellt die Friedensgemeinde ein Haupthindernis in der Ausdehnung ihrer Aktivitäten dar. Sayda Arteaga und Roviro Lopez stellten die aktuelle Menschenrechts- und Landrechtssituation in Anbetracht des Regierungswechsels im August 2022 vor, sowie den Stand des Friedensprozesses und die Herausforderungen für ein friedliches Zusammenleben in einer weiterhin hochgradig konfliktiven Region Kolumbiens. Dieser Anlass wurde u.a. gemeinsam mit PBI und FOR Austria organisiert. Die Vertreter*innen der Friedensgemeinde trafen sich auch mit der Abteilung Frieden und Menschenrechte des EDA und mit UNO Menschenrechtsstellen, um auf die Menschenrechtssituation in ihrer Region aufmerksam zu machen.

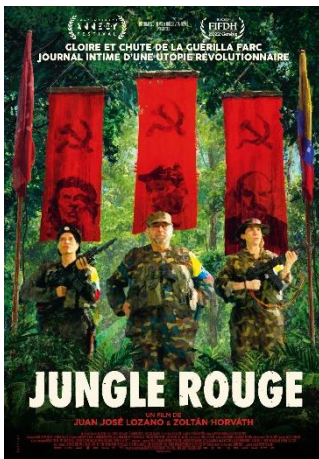
- Im Oktober reisten drei Vertreterinnen der drei kolumbianischen Menschenrechts-Plattformen in die Schweiz: Die drei Zivilgesellschaftsvertreterinnen trafen sich in Bern mit dem EDA und mit Amnesty International und in Genf mit der norwegischen Mission bei der UNO und mit verschiedenen UNO Menschenrechtsstellen (Hochkommissariat für Menschenrechte, Vertreter*innen von Sonderberichterstatterinnen zu verschiedenen Menschenrechtsthemen, wie Gewalt gegen Frauen oder Unternehmen und Menschenrechte). Ein virtuelles Treffen fand zudem mit Ständerat Carlo Sommaruga statt. Die Themen, die während diesen Treffen angesprochen wurden, waren: welche Veränderungen in der Menschenrechtssituation und in der Umsetzung der Menschenrechte sind seit der Wahl der neuen Regierung zu erwarten, welche Konsequenzen hat dies für die Zivilgesellschaft und wie kann die internationale Gemeinschaft einen Wandel zum Frieden und Respekt der Menschenrechte unterstützen.

Die ask! und das NGO Konsortium (HEKS, Swissaid, Fastenaktion, Terre des Hommes Suisse/Schweiz) unterbreiteten Ende 2021 der AFM einen neuen Vorschlag für ein Multitrack **Friedensförderungsprogramm**. Anfang Jahr erhielt das Konsortium einen negativen Entscheid. Die neue Phase des rund 20jährigen Friedensförderungsprogramms wird nicht mehr durch die AFM finanziert werden. Dieser Entscheid kam für das Konsortium unerwartet und abrupt. Es wurde mit der AFM das Gespräch gesucht und am 30.05.2022 fand schlussendlich eine Sitzung mit der stellvertretenden Abteilungschefin und der Programmverantwortlichen statt. Genannte Gründe der AFM für die Absage waren die Folgenden: Man wolle sich auf die diplomatische Kernarbeit konzentrieren, man wolle vermehrt direkt mit kolumbianischen Akteuren arbeiten und man sei etwas skeptisch, ob das Finanzieren von kleinen Basisorganisationsprojekten den strategischen Orientierungen in jedem Einzelfall entsprechen würden.

Aktivitäten der Regiogruppen

Bern

Die ask! organisierte zwei Filmabende in der Cinématheque Bern:



- Am 24.01.2022 wurde der Dokumentarfilm «El Testigo – Caín y Abel» von Kate Horne über den kolumbianischen Fotografen Jesús Abad Colorado vorgestellt. Dieser Anlass wurde in Zusammenarbeit mit dem Festival Onirique des Libertés organisiert. In diesem Rahmen stellte die ask! den aktuellen Menschenrechtskontext in Kolumbien vor und Jeyson Santacruz lieferte einen künstlerischen Erfahrungsbericht.

- Am 24.10.2023 wurde der Animationsfilm Selva Roja von Juan José Lozano gezeigt. Basierend auf zehn Jahre Korrespondenz (11'660 E-Mails), die im Computer von Raul Reyes, der Nummer 2 der FARC-EP, nach seinem Tod gefunden wurden, erzählt dieser Film von den letzten Monaten von Raul Reyes, bevor er in einem Angriff der Armee getötet wurde. An diesem Anlass nahmen Juan

José Lozano, der über die Entstehungsgeschichte dieses Films sprach und Jean-Pierre Gontard, ehemaliger Schweizer Friedensvermittler zwischen der FARC-EP und der kolumbianischen Regierung, der über seine Erfahrungen mit den Verhandlungen mit Raul Reyes sprach, teil.

Im September in der Sendung RadioActivos von Radio RaBe in der die kolumbianische Hip Hop Band Naturaleza Suprema auftrat, wurde die ask! eingeladen von ihrer Arbeit und der Menschenrechtssituation in Kolumbien zu sprechen.

Luzern

Wir trafen uns im 2022 zu sieben regulären Sitzungen mit Abendessen sowie zu einem Weihnachts-Abendessen (Ajiaco!) mit freiem Austausch bei Regula Erazo.

Ende August verkaufte unsere Gruppe bei der Buvette in Hochdorf Arepas und Empanadas. Da an dem Tag gerade auch Flohmarkt war, waren viele Leute vor Ort. Besonders die Empanadas fanden grossen Anklang, und es kamen auch interessante Gespräche mit den Leuten zustande.

Im November organisierten wir einen Filmabend im stattkino Luzern. Gezeigt wurde „Los Silencios“ von Beatriz Seigner. Der Film spielt im Amazonas und beleuchtet die universelle Fluchthematik auf vielschichtige Art und Weise. Sehr viele Leute fanden den Weg ins stattkino und liessen sich vom eindrücklichen Film und dem anschliessenden Gespräch mit der Traumatherapeutin Mirjam Straub berühren. Abgerundet wurde der Anlass mit einem Apero, bei dem noch viele weitere Gespräche stattfanden.

Im Dezember führte Regula Erazo in den Kirchen von Sempach und Eich je ein Predigtgespräch zur Menschenrechtssituation in Kolumbien.